Landeshauptstadt
München

Rathaus Umschau

Donnerstag, 12. August 2010
Ausgabe 152

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise **2**
Bürgerangelegenheiten **2**
Meldungen **2**
› Hoher Grundwasserpegel im Norden und Nordwesten Münchens/ Kellerräume schützen 2
› Der Nachlass Theodor Maunz im Stadtarchiv München 3
› Grabkreuz von Elisabeth Castonier wieder aufgestellt 4
› Führung durch die Ausstellung „Das Oktoberfest 1810 - 2010" 5
Baustellen aktuell **6**
Antworten auf Stadtratsanfragen **7**
› Müll-Alarm nicht nur im Englischen Garten? Ein altes Problem mit neuer Brisanz! 7

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat **9**

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Stefan Hauf, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, Telefax 2 33-2 59 53, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

Terminhinweise

Wiederholung
Freitag, 13 August, 11 Uhr, Wertstoffhof Thalkirchner Straße 260
Kommunalreferentin Gabriele Friderich und der Zweite Werkleiter des Abfallwirtschaftsbetriebs München (AWM), Helmut Schmidt, stellen anlässlich des Jubiläums „15 Jahre Münchner Wertstoffhöfe" die Arbeit des AWM und dessen Wertstoffhöfe als Erfolgsmodell für Klimaschutz und Kreislaufwirtschaft vor.
Der Termin ist auch für Fotografen geeignet.

Wiederholung
Freitag, 13. August, 14 Uhr, Olympiapark Süd
Startschuss zu „Umsonst & Draußen": Stadtrat Christian Müller (SPD) in Vertretung des Oberbürgermeisters, Anna Seliger, Lilalu-Projektleiterin, und Dr. Walter Klein, Vorsitzender des Bezirkausschusses 4, eröffnen das Festival.

Bürgerangelegenheiten

Donnerstag, 19. August, 15 bis 17 Uhr, Neuhausen-Nymphenburger Anzeiger, Donnersbergerstraße 22 (barrierefrei)
Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 9 (Neuhausen - Nymphenburg) mit der Vorsitzenden Ingeborg Staudenmeyer.
Zeitgleich findet eine Kindersprechstunde mit der Kinderbeauftragten Ursula Zeitlmann statt.

Meldungen

Hoher Grundwasserpegel im Norden und Nordwesten Münchens/ Kellerräume schützen
(12.8.2010) Das Grundwasser im Norden und Nordwesten der Landeshauptstadt München hat einen sehr hohen Pegelstand erreicht. Bei erneutem starken Regen ist mit einem weiteren Anstieg des Grundwassers in den westlichen und nordwestlichen Stadtgebieten, insbesondere nahe der Würm, zu rechnen. Im städtischen Bereich ist die Würm als Überschwem-

mungsgebiet ausgewiesen. Das Referat für Gesundheit und Umwelt rät Bürgerinnen und Bürgern deshalb, ihre Kellerräume zu kontrollieren.
Der Wasserstand des Starnberger Sees hat mittlerweile Maximalwerte erreicht und nähert sich dem bislang höchsten gemessenen Pegelstand des Jahres 1965. Da das Wasser über die Würm abfließt, führt diese derzeit im Oberlauf Hochwasser. Der hohe Pegelstand wirkt sich auch auf den Grundwasserspiegel in einzelnen Bereichen der Landeshauptstadt München aus. Im Münchner Westen, genauer in Lochhausen, Untermenzing, Allach und Aubing ist der Grundwasserpegel bereits durch die Niederschläge der vergangenen Woche sprunghaft angestiegen. Er nähert sich den langjährigen Höchstständen. Ein Grund: Die Flurabstände, also der Abstand zwischen der Geländeoberfläche und der Grundwasseroberfläche, in diesen Bereichen sind generell gering. Im Norden Münchens ist insbesondere Feldmoching vom derzeit hohen Grundwasserspiegel betroffen.
Deshalb sollten in diesen Gebieten Kellerräume dieser Tage nach Möglichkeit leer geräumt oder aber Gegenstände möglichst weit oben gelagert werden. Gerade Flüssigkeiten wie beispielsweise Heizöl sollten gut verschlossen und sicher abgestellt, Behälter so deponiert werden, dass sie nicht umkippen können. Das Referat für Gesundheit und Umwelt rät zudem, Kellerfenster zu schließen. Zwar zeigen die letzten Tage bereits wieder ein leichtes Absinken der Grundwasserspiegel, jedoch muss damit gerechnet werden, dass bei neuen massiven Niederschlägen die Pegel erneut ansteigen und die bisherigen Höchststände überschritten werden können.

Der Nachlass Theodor Maunz im Stadtarchiv München
(12.8.2010) Theodor Maunz (1901 - 1993) zählte als Hochschullehrer, Staatsrechtler und Bildungspolitiker zu den prägenden Gestalten der deutschen Nachkriegszeit. Seine Rechtsgutachten und Kommentare zum Grundgesetz machten ihn weit über die Grenzen seines Faches hinaus bekannt. Sein vor einigen Jahren für das Stadtarchiv erworbener Nachlass ist nun erschlossen und steht damit der Forschung zur Verfügung.
Seit 1935 Lehrstuhlinhaber in Freiburg im Breisgau, wechselte Theodor Maunz im Jahr 1952 als Ordinarius an die Juristische Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität in München. Dass er sich im Frühjahr 1933 sehr schnell mit den neuen Machthabern arrangiert und selbst aktiv an der Ausgestaltung des nationalsozialistischen Verwaltungs- und Polizeirechts mitgewirkt hatte, schadete seiner Karriere nach 1945 zunächst nicht. Im Jahr 1957 berief Ministerpräsident Hanns Seidel Maunz als Staatsminister für Unterricht und Kultus in sein Kabinett, wobei dieser seinen Lehrstuhl an

der Universität beibehielt. Nach dem Bekanntwerden einiger aus der NS-Zeit stammenden Texte geriet Maunz im Jahr 1964 so unter Druck, dass er seinen Rücktritt als bayerischer Kultusminister erklärte. Danach widmete er sich bis zu seiner Emeritierung im Jahr 1969 wieder seiner Lehrtätigkeit an der Münchner Universität. Erst nach seinem Tod wurden Maunz' jahrzehntelange enge Kontakte zu rechtsradikalen Kreisen bekannt – Fakten, die großes Aufsehen erregten.
Das Stadtarchiv konnte vor einigen Jahren einen Teil seines schriftlichen Nachlasses erwerben und nun die umfangreichen Erschließungsarbeiten zu Ende bringen. Der Nachlass umfasst alle Lebens- und Berufsphasen von Theodor Maunz, von der Studienzeit an der Münchner Universität über das Referendariat in der bayerischen Staatsverwaltung und die gesamte wissenschaftliche Laufbahn bis zu seinem Ministeramt. Inhaltlich gewähren die Unterlagen einen tiefen Einblick in das Wirken eines Hochschullehrers, der – zeit seines Lebens fest verankert in der katholischen Studentenverbindung – bereits früh den Kontakt zu konservativen politischen Kreisen suchte, sich nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten rasch deren Rechtsauffassung annäherte und sich dem System andiente. Vielfältig und umfassend belegt ist sein Wirken nach 1945. Zahlreiche Dokumente bezeugen seine bedeutsame Rolle bei der Neugestaltung der Länder im Südwesten Deutschlands sowie bei der verfassungsrechtlichen Ausgestaltung der Bundesrepublik. Einen Schwerpunkt der Überlieferung bildet seine Amtszeit als Kultusminister, aus der ein umfangreicher Briefwechsel sowie eine Vielzahl an Reden, Ansprachen, Vorträgen und Materialien vorhanden sind.
Der Gesamtumfang des Nachlasses beträgt 6,5 Regalmeter. Personen-, Orts- und Sachindizes erschließen den Inhalt.
Kontakt: Dr. Brigitte Huber, Stadtarchiv München, Telefon 2 33-3 08 42, Fax: 2 33-3 08 30, E-Mail: stadtarchiv@muenchen.de

Grabkreuz von Elisabeth Castonier wieder aufgestellt
(12.8.2010) Das vermeintlich gestohlene Grabkreuz der von den Nazis verfemten Schriftstellerin Elisabeth Castonier ziert seit Kurzem wieder das Grab auf dem Nymphenburger Friedhof. Entdeckt wurde das samt Sockel etwa 1,85 Meter hohe Eisenkreuz in einem Münchner Steinmetzbetrieb von einem Mitarbeiter der städtischen Friedhofsverwaltung. Jetzt ist das Kreuz von der Friedhofsverwaltung wieder aufgestellt worden. Zugleich konnten entfernte Verwandte der 1975 in München beigesetzten Schriftstellerin ausfindig gemacht werden. Sie werden sich nach eigenem Bekunden künftig der Pflege des Grabes annehmen.

Vor einigen Wochen hatte ein aufmerksamer Bürger bemerkt, dass das Kreuz nicht mehr an seinem Platz auf dem Nymphenburger Friedhof stand und informierte die städtische Friedhofsverwaltung. Nach deren intensiven Bemühungen, das Kreuz zu finden, stellte sich heraus, dass das Denkmal nicht gestohlen worden war. Ein Münchner hatte einen Steinmetzbetrieb gebeten, das Grabmal, dessen Standfestigkeit nicht mehr gegeben war, abzubauen. Der Auftraggeber ist der Sohn eines ehemaligen und mittlerweile verstorbenen Bekannten der Schriftstellerin. Letzterer ist im Grabbuch als Ansprechpartner für die Grabpflege eingetragen.
Unterdessen konnte auch die künftige Grabpflege geklärt werden: Durch die Berichterstattung der Medien haben sich entfernte Verwandte von Elisabeth Castonier gemeldet. Sie wollen das Grabnutzungsrecht, das 2011 ausläuft, dann zunächst um weitere fünf Jahre verlängern. Der unter anderem seitens einiger Bürgerinnen und Bürger geäußerte Wunsch, das Grab der Schriftstellerin in ein Ehrengrab umzuwidmen, kann von der Landeshauptstadt München zum jetzigen Zeitpunkt nicht erfüllt werden. Das Recht der sogenannten Totenfürsorge steht vorrangig den Angehörigen zu.
Elisabeth Castonier ist Tochter des Malers Felix Borchardt und wurde 1894 in Dresden geboren. Bis zur Machtübernahme der Nationalsozialisten arbeitet sie für verschiedene Berliner Zeitungen und Magazine wie „Die Ente“ und „Das Tagebuch“. Vorübergehend war Castonier auch in München als Verlagslektorin tätig. 1933 wird sie von den Nationalsozialisten auf die Liste der unerwünschten Schriftstellerin gesetzt. Castonier emigrierte zunächst nach Österreich und flüchtete 1938 nach Großbritannien. Vier Jahre später wird ihr Buch „Eternal Front“ veröffentlicht – eine Auftrags-arbeit über den religiösen Widerstand gegen den Nationalsozialismus im Deutschen Reich und den besetzten Ländern. Elisabeth Castonier starb am 24. September 1975 in München.

Führung durch die Ausstellung „Das Oktoberfest 1810 - 2010"
(12.8.2010) Auf den Spuren der 200-jährigen Festgeschichte führt Nina Koschnick am Dienstag, 17. August, um 19 Uhr durch die Ausstellung „Das Oktoberfest 1810 - 2010“ im Münchner Stadtmuseum, St.-Jakobs-Platz 1, und vergegenwärtigt anhand von zahlreichen Objekten, Ton- und Bildzeugnissen den Wandel vom bayrischen Nationalfest monarchischer Prägung zum größten Bierfest der Welt mit bayrischem Image. Treffpunkt ist im Foyer. Der Museumseintritt kostet 6 Euro, ermäßigt 3 Euro. Die Führungsgebühr beträgt 6 Euro.
Die Ausstellung „Das Oktoberfest 1810 - 2010“ ist dientags immer abends bis 21 Uhr geöffnet.

Landeshauptstadt
München
Baureferat

Baustellen aktuell

Donnerstag, 12. August 2010

Landshuter Allee (Mittlerer Ring) (Olympiapark)
Das Baureferat führt in der Landshuter Allee zwischen dem südlichen Ende der Brücke über die Dachauer Straße und der Fußgängerbrücke südlich der Moosacher Straße eine Fahrbahnsanierung durch.

Am Montag, 9. August 2010 haben wir mit den Arbeiten nördlich der Brücke über die Dachauer Straße begonnen.
Bis 28. August 2010
wird nun in fünf, aufeinander folgenden, Bau- und Verkehrsphasen gearbeitet.
Im Zuge der Landshuter Allee bleibt während dieser Zeit in jede Richtung nur je eine Fahrspur für den Verkehr frei. Dies kann, besonders während der Verkehrsspitzenzeiten, zu Staubildungen führen, die über das normale Maß hinausgehen.

Um die Behinderungen für den Verkehr am Mittleren Ring möglichst gering zu halten, werden die Bauarbeiten in den Sommerferien ausgeführt. Darüber hinaus wird auch an den Wochenenden, sowie täglich von 07.00 Uhr bis 22.00 Uhr gearbeitet.

Leider konnten wir, aufgrund des anhaltenden starken Regens am vergangenen Freitag, 6. August 2010, nicht wie ursprünglich geplant, mit den Arbeiten auf der Brücke über die Dachauer Straße beginnen. Die für das Wochenende geplanten Arbeiten mit der Sperrung der Brücke im Zuge der Landshuter Allee mussten wir deshalb um eine Woche verschieben. Nun planen wir diese, trockenes Wetter vorausgesetzt, am kommenden Wochenende auszuführen.

Von Freitag, 13. August, 18.00 Uhr bis Montag, 20. August, 05.00 Uhr
ist dann die Brücke über die Dachauer Straße komplett gesperrt. Der Verkehr im Zuge des Mittleren Ringes wird in dieser Zeit über die Seitenfahrbahnen und den Kreuzungsbereich Landshuter Allee / Dachauer Straße geführt. Die Ampelanlage und die Fahrspuraufteilung im Kreuzungsbereich Landshuter Allee / Dachauer Straße wird den geänderten Verkehrsverhältnissen angepasst.
Die Sperrung der Brücke über die Dachauer Straße ist erforderlich, weil aufgrund der zu geringen Fahrbahnbreiten die Mindestmaße und Sicherheitsabstände für eine einspurige Verkehrsführung nicht eingehalten werden können.

Informationen zu laufenden Baumaßnahmen mit Verkehrseinschränkungen finden Sie im Internet unter http://www.muenchen.de/baustellen

Herausgeberin: Landeshauptstadt München, Baureferat TZ / K, Baustellenkoordinierung
Telefon: (089) 2 33-6 00 50, Telefax: (089) 2 33-6 00 55, E-Mail: baustellen.bau@muenchen.de

Antworten auf Stadtratsanfragen

Donnerstag, 12. August 2010

Müll-Alarm nicht nur im Englischen Garten?
Ein altes Problem mit neuer Brisanz!
Anfrage Stadträte Richard Quaas und Mario Schmidbauer (CSU) vom 9.6.2010

Antwort Baureferentin Rosemarie Hingerl:

In Ihrer Anfrage vom 09.06.2010 thematisieren Sie das Müll-Problem im Englischen Garten und sogenannte Patenschaften.
Das Baureferat nimmt hierzu wie folgt Stellung:

Wie Sie in Ihrer Anfrage richtig ausführen, hat das Baureferat am 25.10.2007 auf Ihre Anfrage vom 02.05.2007 geantwortet. Es wurde hierbei vom Baureferat sowie in Textbeiträgen vom Kreisverwaltungsreferat und dem Referat für Arbeit und Wirtschaft ausführlich erläutert, welche Maßnahmen gegen den Fast-Food-Müll rechtlich möglich sind und welche Maßnahmen bereits vom Baureferat veranlasst wurden.
Bezüglich den einzelnen Maßnahmen wird auf die umfangreichen Stadtratsvorlagen „Aktion saubere Stadt – Öffentlichkeitskampagne und Maßnahmenkonzept" vom 27.03.2007 (Sitzungsvorlage Nr. 02-08/V 06697) und „Aktion saubere Stadt – Konzept der Öffentlichkeitskampagne" vom 25.09.2007 (Sitzungsvorlage Nr. 02-08/V 10567) verwiesen.
Zu diesem Sachverhalt hat das Baureferat wiederholt Stellung genommen, zuletzt mit Schreiben vom 04.02.2010, in welchem Ihre Anfrage „Abfall am Platzl" vom 03.11.2009 beantwortet wurde.
In diesem Schreiben wurden noch einmal die rechtlichen Randbedingungen ausgeführt und ebenfalls dargestellt, dass bereits seit Jahren vom Baureferat Kooperationen mit den örtlichen Geschäftsinhabern (wie z.B. im Tal, am Odeonsplatz, am Stachus, am Willy-Brandt-Platz, am Platz der Menschenrechte, am Gärtnerplatz, bzw. z.B. mit den Riem-Arcaden, McDonalds-Filialen, Coffee-Shops, Supermärkte und Pizza-Läden) vereinbart wurden.

Zu den einzelnen Fragen nimmt das Baureferat wie folgt Stellung:

Frage 1:
Steht die Stadt vor den selben Problemen wie die staatliche Parkverwaltung des Englischen Gartens und des Hofgartens, die aktuell wieder über die Müllflut klagt, mit der sie sich besonders an und nach den Wochenenden in den Parks herumschlagen muss und dabei insbesondere die „To-Go-Verpackungen" von Getränken und Lebensmitteln als einen der Hauptverursacher ansieht?

Antwort:
Ja.

Frage 2:
Kann sich die Stadt auch, wie der staatliche Parkverwalter, einen Lösungsansatz vorstellen, über den Weg von freiwilligen Vereinbarungen mit den verursachenden gastronomischen Betrieben, eine Mitverantwortung und Mitarbeit für die Beseitigung dieser Müllflut zu erreichen?

Antwort:
Wird bereits praktiziert (siehe Vorbemerkung).

Frage 3:
Kann die Aktion des staatlichen Parkverwalters von der Stadt unterstützt werden, bzw. kann diese Aktion auch gemeinsam durchgeführt werden, nachdem auch städtische Parkanlagen, Grünflächen und der Straßenraum von der Vermüllung durch „To-Go-Produkte" in erheblichem Umfang betroffen sind?

Antwort:
Der Englische Garten sowie der Hofgarten befinden sich in der alleinigen Zuständigkeit des Freistaates Bayern. Das Baureferat unterstützt jedoch – falls dies gewünscht wird – gerne mit seinem Know-how.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Donnerstag, 12. August 2010

Anfrage zu Palästinatagen bleibt seit sieben Wochen unbeantwortet
Anfrage Stadträte Marian Offman und Richard Quaas (CSU)

Radwege zwischen Passauerstraße und Leipartstraße?
Anfrage Stadtrat Dr. Michael Mattar (FDP)

Städtische Wirtschaftsschulen – reicht das Angebot?
Anfrage Stadträtin Dagmar Henn (Die Linke)

Impressum: Die presserechtliche Verantwortung für Anträge und Anfragen von Stadtratsmitgliedern der **SPD** trägt: Alexander Reissl; **CSU**: Josef Schmid; **Bündnis 90/Die Grünen**: Siegfried Benker; **Rosa Liste**: Thomas Niederbühl; **FDP**: Dr. Michael Mattar; **Die Linke**: Brigitte Wolf; **ÖDP**: Tobias Ruff; **Freie Wähler**: Johann Altmann; **Bayernpartei**: Thomas Hummel; **BIA**: Karl Richter.
Alle: Rathaus, 80313 München; Druck: Stadtkanzlei

Richard Quaas Marian Offman

MITGLIEDER DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

Anfrage
12.08.10

Anfrage zu Palästinatagen bleibt seit sieben Wochen unbeantwortet

Die von uns am 18.Juni.2010 gestellte Anfrage zu den Palästinatagen blieb angesichts einer Beantwortungsfrist von drei Wochen bis heute unbeantwortet. Wir verstehen, dass für die Verwaltung eine fristgerechte Beantwortung von Anfragen gelegentlich nicht möglich ist. Deshalb kommen wir im Regelfall der Bitte der betroffenen Referate nach Fristverlängerung nach. Ein solches Ansinnen nach Fristverlängerung seitens des Kulturreferates erreichte uns allerdings nicht.

Wir fragen daher Oberbürgermeister Christian Ude:

1. Ist davon auszugehen, dass es künftig im Ermessen der städtischen Referate liegt, wann und ob überhaupt Anfragen des ehrenamtlichen Stadtrats beantwortet werden?

2. Wenn nein, wann ist endlich mit einer Beantwortung der Anfrage zu rechnen?

3. Ein Teil der Anfragen wurde von einem Mitarbeiter des Kulturreferates in einer Münchner Tageszeitung beantwortet. Ist dieses die Begründung für die bisherige Nichtbearbeitung die Anfrage?

4. In der Beantwortung durch die Mitarbeiter des Kulturreferats in einer Münchner Tageszeitung wurde die teilweise städtische Finanzierung der Palästinatage mit der Finanzierung von Kulturveranstaltungen der israelitischen Kultusgemeinde verglichen. Führt dieser absurde Vergleich zu einem Dilemma, welche die Beantwortung der Anfrage erheblich erschwert?

5. Sind wir in der Beurteilung unserer Anfrage einig, dass unsere Anfrage keinesfalls die Möglichkeit der Abhaltung von Palästinatagen in Abrede stellt (auch wenn dort das Existenzrecht Israels infrage gestellt wird), sondern lediglich die Frage der Finanzierung dieser Veranstaltung durch die Landeshauptstadt thematisiert.

6. Mit welchem Betrag werden von der Landeshauptstadt München die Israeltage finanziert?

Richard Quaas, Stadtrat
stv. Fraktionsvorsitzender

Marian Offman, Stadtrat

CSU-Stadtratsfraktion,
Rathaus, Marienplatz 8; 80331 München; Tel.: 233 92650; Fax: 29 13 765; email: csu-fraktion@muenchen.de

Dr. Michael Mattar

Fraktionsvorsitzender der FDP-Stadtratsfraktion der Landeshauptstadt München
Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, TELEFON 089/233-92644 FAX 233-20436 fdp@muenchen.de

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

12.08.2010

Schriftliche Anfrage
Radwege zwischen Passauerstraße und Leipartstraße?

Wie mir von einem Bürger mitgeteilt wurde, sind vor ca. 5 Wochen die Radwege zwischen Passauerstraße und Leipartstraße ausgebessert worden. In der letzten Woche wurden die Radwege komplett entfernt, um möglicherweise eine provisorische Fahrbahn am Mittleren Ring zu schaffen.

Ich frage den Herrn Oberbürgermeister:

1. Trifft es zu, dass die beschriebenen Radwege erst ausgebessert und dann entfernt wurden?

2. Wenn ja, wer war für die mangelnde Koordination verantwortlich und wie hoch waren die überflüssigen Kosten der Ausbesserung?

Gez.
Dr. Michael Mattar
Fraktionsvorsitzender

DIE LINKE.
... mit links für ein solidarisches München

DIE LINKE im Stadtrat, Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München

Oberbürgermeister
Christian Ude

Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

München, den 12.08.10

Anfrage: Städtische Wirtschaftsschulen – reicht das Angebot?

Die städtischen Wirtschaftsschulen sind nicht nur berufliche Schulen, sondern auch ein möglicher Übergang zu weiterführenden Abschlüssen. Gerade für Jugendliche mit Migrationshintergrund, die von unserem Bildungssystem nach wie vor auf die Hauptschulen verwiesen werden, ist dies von großer Bedeutung. Für eine Stadt wie München mit ihrer kulturell vielfältigen Bevölkerung liegt eine gute Ausbildung für alle Jugendlichen im eigenen Interesse.

Verglichen mit anderen Schultypen ist der Anteil an Jugendlichen mit Migrationshintergrund an den städtischen Wirtschaftsschulen hoch (32,4 %, gegen 18,8 % an den Gymnasien[1]. Da die Wirtschaftsschulen sich vor allem an die Hauptschulen anschließen (auch in ihrer vierjährigen Form), müsste der Anteil Schüler mit Migrationshintergrund weitgehend jenem in den Hauptschulen entsprechen. In den Hauptschulen beträgt der Anteil der Jugendlichen mit Migrationshintergrund allerdings 57,5 %.

Vor diesem Hintergrund stelle ich folgende Fragen:

1. Wie viele Jugendliche haben sich dieses Jahr für den Besuch der Wirtschaftsschule angemeldet (aufgeteilt nach 4-, 3- und 2jähriger Form)? Wie viele davon haben einen Migrationshintergrund?
2. Wie viele Jugendliche wurden von den städtischen Wirtschaftsschulen angenommen (aufgeteilt)? Wie viele davon haben einen Migrationshintergrund?

1 Der Wert für die Wirtschaftsschulen stammt aus dem Jahresabschluss 2009, weil der Bildungsbericht 2010 nur einen Wert für alle Wirtschaftsschulen, nicht spezifisch für die öffentlichen aufweist. Alle Wirtschaftsschulen kommen lt. Bildungsbericht auf einen Anteil Jugendlicher mit Migrationshintergrund von 21,2%. Da die übrigen Zahlen aus dem Bildungsbericht stammen, beziehe ich mich im Interesse der Vergleichbarkeit nur in diesem einzigen Fall auf den Jahresbericht.

3. Nach welchen Kriterien werden bei mehr Anmeldungen als Plätzen die Plätze vergeben?
4. Eltern haben mir berichtet, schon bei der Anmeldung am Nachmittag sei ihnen mitgeteilt worden, es gäbe keinen Platz mehr. Entspricht eine solche Aussage den Vorgaben? Falls ja, warum wird dann überhaupt eine nachmittägliche Einschreibung angeboten?

5. Es wurde mir ebenso berichtet, es sei auf den Besuch einer privaten Wirtschaftsschule verwiesen worden. Diese verlangen aber Schulgebühren von etwa 200 Euro im Monat. Gerade die Eltern von Jugendlichen mit Migrationshintergrund werden sich dies selten leisten können. Können diese Gebühren übernommen werden? Wenn ja, unter welchen Voraussetzungen?

6. Der bisherige Anteil Jugendlicher mit Migrationshintergrund an den Wirtschaftsschulen kann noch nicht als diskriminierungsfrei gewertet werden (das gälte erst, wenn ein den Hauptschulen entsprechender Anteil erreicht wäre). Welche Überlegungen bestehen, um an den Wirtschaftsschulen einen der städtischen Integrationspolitik entsprechenden Anteil zu erreichen?

7. Nach dem Jahresabschluss 2009 weisen die Wirtschaftsschulen einen Gastschüleranteil[2] von 38,3 % auf. Dieser Wert ist ungewöhnlich hoch; selbst bei den Gymnasien liegt er nur bei 7,5% (lt. Produktblatt Jahresabschluss) Dieser Wert bezieht sich allerdings auf städtische wie staatliche Schulen. Wie hoch ist der Gastschüleranteil an den städtischen Wirtschaftsschulen? Wie hoch ist der Anteil an Jugendlichen mit Migrationshintergrund unter diesen Gastschülern? Sind die städtischen Wirtschaftsschulen verpflichtet, die Gastschüler aufzunehmen?

Dagmar Henn
Stadträtin DIE LINKE.

2 Gastschüler sind Schüler, die nicht aus München kommen